



Hauptausschuss

49. Sitzung (öffentlich)*)

27. Mai 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:15 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Zur Tagesordnung 1

Der Ausschuss folgt dem Wunsch des Ministers im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, Kuschke, den in der Tagesordnung als vierten vorgesehenen Punkt "Neuordnung des Regierungsviertels" als ersten zu behandeln.

2 Neuordnung des Regierungsviertels 1

- Bericht des Ministers im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, Wolfram Kuschke
- Diskussion

*) TOP 1 s. APr 13/1240 über die 49. Sitzung des Hauptausschusses

- 3 Gesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland (Lottiestaatsvertrag - LoStV) und dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen** 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Antrag auf Zustimmung zu Staatsverträgen
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/5365

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf unter dem Vorbehalt, dass der gleichzeitig tagende Haushalts- und Finanzausschuss ihn ebenfalls billigt, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP zu.

- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid** 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5396

Vorsitzender Edgar Moron fasst das verabredete Vorgehen zusammen: keine Anhörung, interfraktionelle Gespräche, Aufforderung der kommunalen Spitzenverbände zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.

- 5 Nordrhein-Westfalen - Türkei: Informationsaustausch verbessern; gegenseitiges Kennenlernen schafft Respekt und Verständnis füreinander** 8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5137 -Neudruck-
- Verfahrensabsprache

Vorsitzender Edgar Moron richtet sich nach einer Diskussion im Ausschuss mit der Bitte an die Obleute, zu versuchen, die Ideen der einzelnen Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen, und ihm ferner mitzuteilen, ob ein Gespräch mit Vertretern der türkischen Botschaft bereits jetzt anlässlich des FDP-Antrages oder erst später nach Formulierung eines gemeinsamen Antrages stattfinden solle. Der Vorsitzende will prüfen, ob neben den Botschaftsvertretern

noch andere türkische Interessenvertretungen für die Teilnahme an einem solchen Gespräch in Betracht kommen.

- 6 Verschiedenes (Fortsetzung s. TOP 8)** 9
hier: **Reise nach Israel**

Der Vorsitzende schildert den Stand der Vorbereitungen der Reise. Die Abgeordnete Thomann-Stahl von der Fraktion der FDP bittet, zur Vorbereitung auf die Reise eine Auflistung von in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen dem Land NRW und Israel gestarteten Projekten, über deren finanzielle Ausstattung, deren Verlauf und Erfolg zu erhalten.

- 7 Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung** 10
Vorlage 13/2834
- Bericht des Justizministers
 - Diskussion

- 8 Verschiedenes (Fortsetzung von TOP 6)** 22
hier: **40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel am 12. Mai 2005**

(s. Diskussionsprotokoll)

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5396

(vom Plenum am 13. Mai 2004 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen)

Vorsitzender Edgar Moron hielt es für wünschenswert, den Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause abschließend im Plenum zu beraten. Die kommunalen Spitzenverbände werde er umgehend bitten, schriftlich Stellung zu nehmen.

Dorothee Danner (SPD) schlägt angesichts der bei der Einbringung des Gesetzentwurfs im Plenum deutlich gewordenen Unklarheiten über einige Punkte vor, die Vertreter der Fraktionen mögen sich in der übernächsten Woche im Anschluss an die Fraktionssitzungen zusammenfinden, um die entsprechenden Differenzen aufzulisten. Eine große Anhörung wäre ihres Erachtens nicht vonnöten, wenn es gelänge, die drei von Werner Jostmeier im Plenum aufgeworfenen Fragen zu lösen.

Werner Jostmeier (CDU) führt aus, der Aufnahme des Anhörungsrechts für Vertrauensleute werde seine Fraktion, die dies schon bei Verabschiedung des Gesetzes gefordert habe, natürlich zustimmen.

Und wenn die vorgeschlagenen Gespräche zwischen den Fraktionen bei der CDU-Fraktion die Überzeugung weckten, dass die Unterschriftensammlung auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen nicht mehr Bürokratie produziere als das bisherige Verfahren, wolle sie darüber nachdenken. Im Augenblick hege seine Fraktion an der Eröffnung einer solchen Möglichkeit aber nicht nur Zweifel in Sachen "Bürokratiewachstum", sondern darüber hinaus insofern, als Passanten in einer Fußgängerzone im hektischen Treiben fast alles unterschrieben, was man ihnen präsentiere: eine Tatsache, die dem Wert und dem Anliegen einer Volksinitiative nicht unbedingt angemessen erscheine.

Dorothee Danner (SPD) berichtet von anfänglichen Bedenken hinsichtlich eines vermehrten Bürokratieaufwandes auch in ihrer Heimatgemeinde, die jedoch im Laufe der Zeit durch Gespräche im Städte- und Gemeindebund hätten ausgeräumt werden können.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) erinnert an die vom Innenminister in der Plenardebatte angekündigte wohlwollende Prüfung, die diesbezügliche Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss zu erlassen.

Vorsitzender Edgar Moron fasst das verabredete Vorgehen zusammen: keine Anhörung, interfraktionelle Gespräche, Aufforderung der kommunalen Spitzenverbände zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.

5 Nordrhein-Westfalen - Türkei: Informationsaustausch verbessern; gegenseitiges Kennenlernen schafft Respekt und Verständnis füreinander

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/5137 -Neudruck-

- Verfahrensabsprache

(vom Plenum am 24. März 2004 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie an fast alle anderen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen)

Dorothee Danner (SPD) regt an, den Sachverstand der "Fachleute" aus der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe zu nutzen und mit ihnen über die weitere Behandlung des Antrages zu diskutieren.

Vorsitzender Edgar Moron weist darauf hin, dass es sich bei dieser Vereinigung nicht um ein parlamentarisches Gremium handele, was es ausschließe, es offiziell in das Verfahren einzubeziehen. Den Fraktionen stehe es natürlich frei, dies über ihre Vertreter und Vertreterinnen in der Parlamentariergruppe zu tun.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) begründet die auf Wunsch ihrer Fraktion erfolgte Überweisung des Antrages federführend an den Hauptausschuss damit, dass das Thema mit offiziellen Vertretern der Türkei besprochen werden sollte, wofür die Zuständigkeit beim Hauptausschuss liege.

Sie empfehle, der Vorsitzende möge mit dem türkischen Generalkonsul Kontakt aufnehmen, um ein Treffen zu verabreden mit dem Ziel auszuloten, ob es überhaupt sinnvoll erscheine, in die in dem Antrag skizzierte Richtung zu gehen, da der Antrag nicht nur Rechte und freundliche Aufforderungen, sondern durchaus auch Pflichten für beide Seiten beinhalte.

Werner Jostmeier (CDU) befürwortet den Gedanken, die sich mit der Thematik im Lande Nordrhein-Westfalen befassenden Organisationen zu beteiligen. Dies gelte auch für die Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe, wobei er die Auffassung des Vorsitzenden betreffend die Einordnung dieser Gesellschaft als nicht formal einzubeziehendes Gremium teile. Käme es nach einem intensiven Meinungsaustausch zu einem von allen Fraktionen getragenen Antragstext, wäre das angesichts der vielen Probleme sicher hilfreich.